

Postwachstum und „Umfairteilen“

Dagmar Paternoga, Attac-AG „Jenseits des Wachstums“

Die umfassende Biokrise zeigt die dreifache Grenze des Kapitalismus auf: ökologische Grenze, ökonomische Grenze und soziale Grenze. Eine der zentralen Ursachen der ökologischen Krise liegt in der kontinuierlichen wirtschaftlichen Expansion. Wachstum wird erkaufte mit nie dagewesener Zerstörung der Umwelt, mit zunehmender Ungleichheit und Armut, Millionen von Flüchtlingen aufgrund von Wetterextremen und blutigen Ressourcenkriegen. Gleichzeitig stößt kapitalistisches Wachstum zunehmend an ökologische Grenzen wie die Endlichkeit fossiler Ressourcen und die beschränkte Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für Kohlenstoff. Dabei sind Ursachen und Folgen ebenfalls ungleich verteilt: Menschen in den hundert am fatalsten von der Klimakrise betroffenen Ländern des Südens verursachen nur etwa 3 % der weltweiten Treibhausgasemissionen. Die Frage nach der Zukunft des kapitalistischen Wachstums stellt sich heute mit aller Dringlichkeit. [doppelt sich sehr mit EKV-AG]

Um die Debatte weg von der gewinnorientierten Ökonomie zu einer bedarfsorientierten Ökonomie auch in Deutschland anzustoßen, haben wir im Mai 2011 den Kongress „Jenseits des Wachstums“ veranstaltet. Wir luden Vertreterinnen der verschiedenen wachstumskritischen Positionen ein, um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Zum besseren Verständnis der unterschiedlichen Strömungen hier zunächst einen kurzen und groben Überblick über die zum Teil widersprüchlichen Diskussionsstränge innerhalb der Wachstumskritik seit 2007, dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise:

- Eine auf die Weiterentwicklung des BIP fokussierte Wachstumskritik wird in Deutschland in einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages diskutiert. So sollen soziale und nachhaltige Wachstumsmodelle und alternative Wohlstandsindikatoren entwickelt werden.
- Konservative Wachstumskritik verbindet wachstumskritische Argumente mit konservativen Positionen und wird auf diesem Wege zur Rechtfertigung von Sozialabbau (vgl. Miegel 2010; www.denkwerkzukunft.de)
- Eine liberale, sozialreformerische und den Umweltverbänden nahestehende Wachstumskritik denkt strukturkonservativ. Hier geht es vor allem um Wachstumsunabhängigkeit (vgl. Seidel/Zahrnt 2010; www.postwachstum.de)
- Decroissance – vielfältige soziale Bewegungen, die vor allem in Frankreich, Italien und Spanien stark vertreten sind. Sie zielen auf Alternativen zu Wachstum und Kapitalismus und attackieren grundsätzlich die Vorstellung einer auf Wachstum ausgelegten und profitgetriebenen Ökonomie. Im Zusammenhang mit einer sozial-ökologischen Transformation plädieren sie u.a. für ein bedingungsloses Grundeinkommen (vgl. u.a. Latouche, Serge, und Demaria, Federico in „Ausgewachsen“, Hrsg. W. Rätz, Tanja v. Egan-Krieger usw., VSA-Verlag 2011).
- Das Konzept des „Buen Vivir“ vertreten vor allem indigene Gruppen. Es betont vor allem die Notwendigkeit einer anderen Entwicklung für die Länder des globalen Südens. Nicht die Übernahme des kapitalistischen wachstumsorientierten Modells des Nordens, sondern eine eigenständige Konzeption des „Guten Lebens“, die auf Gemeingütern, Geschlechtergerechtigkeit und Partizipation aller Menschen beruht und der Natur eigene Rechte einräumt.

Auch wir als Attac-Vorbereitungsgruppe für den Kongress „Jenseits des Wachstums“ mussten feststellen, dass wir keine homogene Gruppe sind, sondern fast einen Spiegel der wichtigsten aktuellen wachstumskritischen Strömungen darstellen. In einem langen und kontrovers geführten Diskussionsprozess einigten wir uns zum einen darauf, wenn wir zu einem Kongress Postwachstum aus globalisierungskritischer Perspektive einladen, damit dieser Kongress die Mannigfaltigkeit der Debatte darstellt. Zum anderen fassten wir in dem Appel „Abschied vom Wachstumswang – Aufbruch zum „guten“ Leben“ die Konsense der Vorbereitungsgruppe zusammen.

Einig sind wir uns darin, dass endloses Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten nicht möglich ist. Die globale Biokrise, vor allem die Klimakrise und das Erreichen des Fördermaximums von Erdöl (Peak Oil) setzen dem Wachstum äußere Grenzen. Wirtschaftswachstum ist von einem wachsenden Ressourcenverbrauch und einem wachsenden Schadstoffausstoß nicht zu entkoppeln. Die Hoffnung auf ein „grünes“, „qualitatives“ oder „selektives“ Wachstum (Green New Deal) ist eine Illusion; teilweise dient sie der Rechtfertigung des „Weiter so“, um die herrschende ausbeuterische Produktionsweise und die imperiale Lebensweise in den Industrieländern nicht infrage stellen zu müssen. Wachstumskritik und die Suche nach Perspektiven für Ökonomie und Gesellschaft jenseits des Wachstums sind ein globalisierungskritisches Projekt. Unsere Vorstellungen von Alternativen zielen nicht darauf ab, die Ökonomien innerhalb der bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen und Verteilungsverhältnisse zu schrumpfen. Stattdessen geht es darum, konkrete soziale Rechte für alle Menschen zu verwirklichen –



heute und in Zukunft. Nur durch eine Abkehr vom Wachstumswahn im globalen Norden kann globale ökologische Gerechtigkeit möglich werden.

Sozial-ökologischer Umbau: Statt profitorientierter Wirtschaftsweise des Kapitalismus muss in einer Postwachstumsperspektive die Frage gestellt werden, welche konkreten Produkte und Dienstleistungen die Bedürfnisse der Menschen mit einem möglichst geringen Naturverbrauch befriedigen. Die ökologische ist von der sozialen Frage nicht zu trennen. Es geht darum, möglichst viele Lebensbereiche dem kapitalistischen Wirtschaftssystem (Solidarische Ökonomie, Gemeinschaftsgüter, Genossenschaften, öffentliche Daseinsvorsorge; Rücknahme von Privatisierung) zu entziehen.

Energiedemokratie: Ein rascher Umstieg auf erneuerbare Energien und deren möglichst effiziente Nutzung sind dringend geboten. Eine deutliche Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs ist unumgänglich. Der Energiesektor muss dabei grundlegend umgebaut werden – dezentral, konzernfrei und unter demokratischer Kontrolle. Die fossilistischen Sektoren der Wirtschaft, die von Öl, Kohle und Gas abhängen, müssen rasch und drastisch schrumpfen. Der Strompreis muss vor allem für diejenigen teuer werden, die dadurch den größten Anreiz zum Stromsparen hätten. Alleine die Umkehr der Strompreisstapel so, dass Großverbraucher auch die höchsten Preise zahlen, würde vermutlich den Einspareffekt im notwendigen Umfang auslösen.

Deglobalisierung: Klimawandel und das Ende der besonders für den Transport globaler Wertschöpfungsketten notwendigen fossilen Energieträger machen eine Deglobalisierung und ein Brechen mit der Freihandelsdoktrin dringend notwendig. Die globalen Finanzmärkte müssen demokratisch kontrolliert und deutlich geschrumpft werden. Regionalisierung und Lokalisierung von Produktion, Verteilung und Konsum sind dringend notwendig. Ernährungssouveränität und Energiedemokratie könnten dabei Einstiegsprojekte sein.

Risikotechnologien: Destruktiv- und Risikotechnologien wie Atomenergie, Rüstung oder Gentechnik müssen schon deshalb beseitigt werden, weil sie grundsätzlich nicht beherrschbar sind. So würde auch Platz gemacht für energie- und emissionsärmere, ressourcenschonendere Prozesse.

Technologien und Verfahren ohne Gebrauchswert: Zahlreiche ökonomische Abläufe finden nur deshalb statt, weil so die Gewinne der Unternehmen steigen. Dazu gehört ein Großteil des Verkehrs (sinnloser Transport rund um den Globus) und globaler Handelsströme, die Billigproduktion auf möglichst raschen Verschleiß, fast die gesamte Verpackungs- und Müllindustrie, Werbung u.v.m. All das kann ersatzlos entfallen.

Umverteilung und Sicherung des Sozialen: Angesichts des notwendigen Schrumpfens der Ökonomie und angesichts der zunehmenden Ressourcenknappheit ist es notwendig, die Vorstellung zu überwinden, dass nur umverteilt werden kann, wenn die Wirtschaft wächst. Es geht darum, mit knappen Ressourcen solidarisch umzugehen und zu verhindern, dass sich eine Elite einen übermäßigen Naturverbrauch leisten kann, während immer größeren Bevölkerungsteilen das Nötige fehlt. Es ist genug für alle da, aber das bedeutet nicht, dass jedeR immer von allem alles haben kann. Ein aufmerksamer und verantwortungsvoller Umgang mit den ökologischen und geografischen Grenzen der Erde ist unerlässlich. Der notwendige Abschied von bisherigen Lebensgewohnheiten (z.B. jährliche Urlaubsflüge etc.) wird nur dann auf die notwendige Akzeptanz stoßen, wenn in einem demokratischen Prozess darum gerungen wird, wenn es dabei gerecht zugeht und die sozialen Grund- und Freiheitsrechte aller Menschen geachtet werden. Erste Schritte könnten sein die Beschneidung des Konsums der Eliten und unproduktive kollektive Verschwendung. Dann würden die Akzeptanz und die Einsicht in die eigenen Anteile an der Verschwendungswirtschaft leichter fallen. Ein hilfreiches Instrument könnte nach Meinung vieler ein Grundeinkommen für alle sein.

Globale Gerechtigkeit kann nur im Weltmaßstab gedacht und verwirklicht werden. Sie muss die berechtigten Lebensinteressen der Menschen in den Ländern des Südens anerkennen. Dazu gehören zuallererst und sofort die Herstellung eines sicheren Zugangs zu Nahrungsmitteln und die Förderung der Ernährungssouveränität.

Arbeitszeitverkürzung: Gütermenge und Energieverbrauch müssen sinken und das Gesamtvolumen an geleisteter Lohnarbeit muss reduziert werden. Damit wird es möglich, gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten geschlechtergerecht umzuverteilen. In manchen Bereichen wird die Produktivität pro Arbeitsstunde weiter wie bisher ansteigen, aber es wird auch Umstellungen auf energieärmere Prozesse geben, die mehr menschliche Arbeit benötigen. Ein Umbau der industriellen Landwirtschaft auf kleinbäuerlichen ökologischen Landbau würde Energie sparen und die Gesamtproduktion erhöhen, aber mehr menschliche Arbeit erfordern, weil er den Maschi-



neneinsatz richtigerweise reduziert. Es sollen so viele Lebensbereiche wie möglich außerhalb der marktförmigen Verwertungslogik organisiert werden.

Gemeingüter (Commons) und Entmonetarisierung: Wir bekämpfen die Privatisierungswut und treten dafür ein, dass insbesondere die Bereiche der Daseinsvorsorge der Logik der Profitmaximierung entzogen und in öffentliche und demokratische Verantwortung zurückgegeben bzw. überführt werden (Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Mobilität, Wohnen, Energie).

Solidarische Ökonomie: Es gilt, alternative Formen solidarischen Zusammenlebens und gemeinsamen Wirtschaftens zu fördern. Genossenschaftliche Übernahme von Produktionsabläufen in Solidarstrukturen und Formen der Wirtschaftsdemokratie müssen erprobt werden. Sie sind möglicherweise Keimzellen einer neuen Ökonomie, woraus sich bereits konkrete Perspektiven für eine Postwachstumsökonomie und ein gutes Leben ergeben.

Solidarische Lebensweise: Entscheidend dafür, ob die gesellschaftliche Transformation gelingt, wird ein struktureller und kultureller Wandel sein, der eine Kultur des Genug und einen solidarischen Umgang mit deutlich weniger Energie, Rohstoffen und materiellen Gütern vorantreibt.

Die Gestaltung des Wandels hin zu einer Postwachstumsgesellschaft bedarf einer breiten **Auseinandersetzung mit Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen** unter Beteiligung aller Betroffenen in Prozessen der Entscheidungsfindung. In diesem Sinne lassen sich viele bisherige Attac-Aktivitäten als soziale Auseinandersetzungen verstehen, die die grundlegende soziale Infrastruktur für eine Transformation zu einer regionalisierten demokratischen Ökonomie fordern. Da es nicht den einen Hebel gibt, um eine Postwachstumsökonomie zu realisieren, sind viele Projekte der globalisierungskritischen Bewegung erste Schritte, um die erforderlichen Handlungsspielräume zu erlangen. Dazu gehört die Entmachtung der Finanzmärkte und ein demokratisches Banksystem, ein umverteilendes Steuersystem, Schließung der Steueroasen, Ernährungssouveränität, Stopp der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Energiedemokratie sowie der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Mobilität, Wohnen, u.a.m.).

Eine **Vermögensabgabe** könnte auch genutzt werden für die dringend erforderliche dezentrale, soziale und demokratische Energiewende. Dazu könnte Attac eine eigene Kampagne neben der Bündniskampagne „Umfairteilen“ durchführen.

Forderungen für eine bedarfsorientierte Ökonomie:

- Stärkung der sozialen Sicherungssysteme durch eine solidarische Bürgerversicherung
- bedingungsloses Grundeinkommen
- Stärkung der Allgemeingüter für eine stärkere Subsistenzwirtschaft
- Mindesteinkommen gegen den Hunger im globalen Süden
- Zugang zu Land (Schluss mit Landgrabbing), zu Wasser, zu Gesundheit, Bildung, Ernährungssouveränität, Recht auf menschenwürdiges Wohnen
- Verstärkung der sozialen Infrastruktur und globale Einführung eines finanziellen Solidarausgleichs zwischen Nord und Süd; gerechte Handelsbedingungen

Mit der Wachstumsthematik werden Themen aufgegriffen, die in vielen Attac-Arbeitsgruppen präsent sind. Wir laden alle interessierten Attacies und Mitgliederinnen in anderen AGen, die von ihren Themen her Schnittstellen zum „Postwachstum“ haben ein, mit uns zu diskutieren.

Kontakt und Infos zur AG: www.Jenseits-des-Wachstums.de

weiterlesen u.a. „Ausgewachsen“ – Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben, Hrsg. W. Rätz, T.v.Krieger, u.a., VSA-Verlag 2011

Attac Basistext 36: „Postwachstum“ – Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte, M. Schmelzer/A. Passadakis, VSA-Verlag 2011

